

**Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe: Gewalterfahrungen von (Kommunal-) Politiker\*innen**

*Liebe\*r Leser\*in von Streit&Struntz,*

seit Ende Juni 2021 zeigt die Wanderausstellung „Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors“ Porträts von 57 Menschen, die auf sogenannten „Feindeslisten“ von Rechtsextremen stehen<sup>1</sup>. Die Ausstellung zeigt die Gesichter dieser Menschen auf großen Plakatwänden und kurze Texte über ihr Leben und ihre Hoffnungen. Viele von ihnen sind Amts- und Mandatsträger\*innen oder setzen sich anderweitig für eine funktionierende Demokratie ein.

Die Auflistung von Namen auf Feindeslisten ist allerdings nur eine von vielen Facetten der Bedrohungen, die Personen des öffentlichen Lebens zunehmend erfahren. Der Mordfall des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Drohschreiben des NSU 2.0, die auch viele Amtsträger\*innen erhielten, oder der Rückzug der Bundestagskandidatur des Syrers Tareq Alaows nach Morddrohungen gegen seine Familie<sup>2</sup> sind Beispiele für jene Vorfälle, die aufgrund des Ausmaßes, der Bedeutung und/oder der Folgen der Bedrohungen und Übergriffe eine größere mediale Aufmerksamkeit erfuhren. Der Großteil der Vorkommnisse, vor allem im Bereich der politisch motivierten verbalen Gewalt gegen Politiker\*innen wird allerdings kaum medial sichtbar. In einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung heißt es: „Sichtbar werden diese Vorkommnisse meist nur, wenn es zu tätlicher Gewalt kommt, die Bedrohten ein gewisses Maß an Prominenz innehaben, drastische Konsequenzen ziehen und etwa den Rückzug aus der Politik antreten oder selbst dafür sorgen, dass die Bedrohung(en) publik werden“<sup>3</sup>.

*Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten* gibt einmal im Monat, an jedem ersten Freitag, einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum. Es lädt ein zu einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Der Blick auf Zahlen und Statistiken zeigt ein etwas klareres Bild: Laut Bundeskriminalamt hat sich die Anzahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger\*innen allein im Jahr 2020 mit bundesweit 3750 Vorfällen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt<sup>4</sup>. 72% der Bürgermeister\*innen in Deutschland wurden laut einer Umfrage von KOMMUNAL für das ARD-Politmagazin "Report München" bereits beleidigt, beschimpft, bedroht oder sogar tätlich angegriffen<sup>5</sup>. Bei einer vergleichbaren Umfrage im vergangenen Jahr lag der Wert noch bei 64%.

<sup>1</sup> <https://correctiv.org/menschen-im-fadenkreuz/>; es wird angenommen, dass bundesweit ca. 20.000 Menschen auf solchen Listen stehen.

<sup>2</sup> Stegemann (2021). Syrer zieht Kandidatur für Bundestag zurück. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagskandidatur-tareq-alaows-syrer-rueckzug-1.5251729>

<sup>3</sup> Alin, S., Bukow, S., Faus, J., John, S. Jurrat, A. (2021). Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland. Heinrich-Böll-Stiftung.

<sup>4</sup> Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundeskriminalamt (2021). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. In: [https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/210504\\_PMK2020.html#:~:text=F%C3%BCr%20das%20Jahr%202020%20wurden,5%20%25%20im%20Vergleich%20zum%20Vorjahr,S.12,04.05.2021](https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/210504_PMK2020.html#:~:text=F%C3%BCr%20das%20Jahr%202020%20wurden,5%20%25%20im%20Vergleich%20zum%20Vorjahr,S.12,04.05.2021).

<sup>5</sup> KOMMUNAL (2021). Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen. In: <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona>

Hervorzuheben ist, dass die Gewalterfahrungen von Frauen häufiger auch sexualisierte Gewalt umfassen. So werden Kommunalpolitikerinnen in Bedrohungen oftmals gezielt als Frauen angesprochen und abgewertet und ihre Rolle in der Politik wird entsprechend traditioneller Rollenvorstellungen hinterfragt.<sup>6</sup> Ähnliche Muster zeigen sich bei Politiker\*innen mit Migrationsgeschichte, die besondere Bedrohungen durch Rassismus erfahren.

Während (ehrenamtlichen) Politiker\*innen auf kommunaler Ebene eine besondere Bedeutung für das Funktionieren der Demokratie zukommt, so erleben sie gleichzeitig eine besondere Vulnerabilität im Hinblick auf Bedrohungen und Anfeindungen. Sie ermöglichen die direkte Begegnung vor Ort und Bürgernähe in der repräsentativen Demokratie.<sup>7</sup> Diese Nähe macht sie allerdings besonders angreifbar. Häufig fehlen im Ehrenamt Möglichkeiten, sich durch ein professionelles Umfeld von Anfeindungen abzuschotten, die Arbeit findet in privaten Wohnräumen und neben anderen hauptberuflichen Verpflichtungen statt und basiert auf einer hohen intrinsischen Motivation<sup>8</sup>.

Bedrohungen und Anfeindungen wirken sich insbesondere auf diese Motivation aus und haben nicht selten den Rückzug der Personen aus der politischen Sphäre zur Folge. Wenn jedoch Menschen Angst haben kommunalpolitische Ämter zu bekleiden und sich aus der Politik zurück ziehen, dann ist dies ein große Gefahr für die Demokratie, dessen Basis die Kommunalpolitik darstellt.

### **Was hat sich verändert? Auf der Suche nach Ursachen.**

Nur selten lassen sich monokausale Erklärungen für derartige Vorkommnisse finden. Bei Bedrohungen und Gewalt gegen Amt- und Mandatsträger\*innen handelt es sich um ein systemisches Problem, dem eine Vielzahl von Ursachen und Wirkungszusammenhängen zugrunde liegen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund nennt in einer Veröffentlichung folgende Ursachen für die Zunahme von Hass, Bedrohungen und Übergriffen gegen Mandatsträger\*innen: (1) Eine Verschärfung und Verrohung der Auseinandersetzungen in Art und Ton, (2) eine Wutverschärfung durch die Medien, (3) das Netz und die Sozialen Netzwerke als Echoraum, (4) eine Erwartungshaltung gegenüber „dem Staat“ und (5) eine schwindende Anerkennungskultur für politische Ämter.<sup>9</sup>

Aus Sicht der Konfliktbearbeitung lässt sich die These aufstellen, dass diese Bedrohungen und Anfeindungen ein Ausdruck von nicht-bearbeiteten Konflikten darstellen. Die Intensität und Eskalation von Auseinandersetzungen nimmt zu, je weniger Menschen sich mit ihren Interessen und Bedürfnissen gesehen und gehört fühlen.

### **Was tun? Gegenstrategien und Lösungsansätze.**

Entsprechend der unterschiedlichen Ursachenbeschreibungen, Kontexte und Bedarfe der Betroffenen müssen auch Lösungsansätze auf unterschiedlichen Dimensionen ansetzen. Die oben zitierte Studie der Heinrich-Böll-Stiftung nennt Maßnahmen auf vier unterschiedlichen Ebenen: Individuelle Ansätze, institutionelle Ansätze, öffentlichkeitsorientierte Ansätze und justizielle Ansätze<sup>10</sup>.

Auf individueller Ebene braucht es Unterstützungsstrukturen für betroffene Personen. Der Verein Starke Demokratie e.V.<sup>11</sup> unterstützt beispielsweise betroffene Politiker\*innen durch Information, Vernetzung und präventiver Hilfe bei Bedrohungen jeder Art. Aus ihrer Sicht gibt es u.a. einen großen Bedarf der Vernetzung von Kommunalpolitiker\*innen zur Stärkung der persönlichen Resilienz. Die

---

<sup>6</sup> Alin et al. (2021), S. 28

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd., S. 17ff.

<sup>9</sup> Deutscher Städte- und Gemeindebund (2021). Hass, Bedrohungen & Gewalt gegen Kommunalpolitiker\*Innen. In: <https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/extremismus/neues-dstgb-papier-hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/update-hassbedrohungengewalt-140521.pdf?cid=fka>

<sup>10</sup> Alin et al. (2021), S. 58

<sup>11</sup> <https://starkedemokratie.de/>

Seite „Stark im Amt“, die vor Kurzem online gegangen ist, bietet als zentrale Anlaufstelle Orientierung und Hilfe für Betroffene.<sup>12</sup>

Der Bereich der institutionellen und justiziellen Ansätze zeigt eine zunehmende Tendenz zur Versicherheitlichung: Sicherheitsstrukturen wie Kameras, Notrufknöpfe und Sicherheitskräfte werden angeboten.<sup>13</sup> Diese alleine werden die Problematik allerdings nicht in den Griff bekommen. Vielmehr benötigt es umfassende Strategien, die die systemischen Ursachen der Gewalt in den Blick nehmen.

*Wie diese Strategien aussehen könnten, welche weiteren Ursachen sich identifizieren lassen und welche Rolle z.B. die Kommunale Konfliktberatung spielen kann, möchten wir gerne mit Ihnen und euch in unserem Online-Gespräch am **30. August 2021 von 16:00 bis 17:00 Uhr** diskutieren. Dafür freuen wir uns sehr, **Niels Fischer** vom **Verein Starke Demokratie e.V.** für einen Impuls zur Thematik zu begrüßen. Im Anschluss wird **Mandy Schumacher, Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen** aus ihrer Perspektive Gedanken und Erfahrungen zur Thematik teilen.*

*Wir möchten Sie herzlich dazu einladen eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.*

**Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich per E-Mail zum Online-Gespräch an: Lena Heuer [heuer.konfliktberatung@vfb-saw.de](mailto:heuer.konfliktberatung@vfb-saw.de). Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.**

Das [Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung](#) bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.  
Weitere Informationen: [www.vfb-saw.de/kommunale\\_konfliktberatung\\_im\\_vfb\\_salzwedel/](http://www.vfb-saw.de/kommunale_konfliktberatung_im_vfb_salzwedel/)

*Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.*

*Spendenkonto:*

*Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V:*

*IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19*

*BIC NOLADE21SAW*

*Sparkasse Altmark West*

*Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.*



*Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.*

<sup>12</sup> <https://www.stark-im-amt.de/>

<sup>13</sup> Piron, R. (2017). Gewalt gegen Amtsträger nimmt zu. In: KOMMUNAL, URL: <https://kommunal.de/gewalt-gegen-amtspersonen-nimmt-zu>



Europäische Union



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung